Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10064

05. 03. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zu dem Antrag der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/9858 –

Ratifizierung der Beitrittsprotokolle zum Nordatlantikvertrag und weitere Umsetzung der NATO-Rußland-Akte

A. Problem

Weitere Gestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur durch den NATO-Beitritt von Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik unter Einbeziehung Rußlands und der Ukraine in eine vertiefte Kooperation mit der NATO.

B. Lösung

Annahme einer interfraktionellen Beschlußempfehlung, welche die Erwartung rascher Ratifizierungsprozesse ausdrückt, die Bedeutung der Kooperation der NATO mit Rußland und der Ukraine unterstreicht, die Stärkung der OSZE betont und an die Verhandlungspartner des KSE-Prozesses appelliert, einen Zugewinn an konventioneller Stabilität und Sicherheit in Europa zu erreichen.

Große Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 13/9858 – in folgender interfraktioneller Fassung der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. anzunehmen:

„Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß nach dem Beschluß des Bündnisses auf dem Gipfel von Madrid, die Länder Polen, Tschechien und Ungarn die Verhandlungen über ihre Aufnahme in die NATO einzuladen, die Vertragsverhandlungen zügig und erfolgreich geführt wurden.

   Der Deutsche Bundestag drückt seine Erwartung aus, daß die Ratifizierungsprozesse in den 16 Mitgliedstaaten ohne Schwierigkeiten und Verzögerungen fortgeführt und im Laufe des Jahres 1998 abgeschlossen werden, damit die neuen Mitgliedstaaten im Frühjahr 1999 in die Allianz aufgenommen werden können. Der Prozeß der NATO-Öffnung hat begonnen und wird nach der Ratifizierung in Phasen, aber ohne Pause fortgesetzt.

2. Der Deutsche Bundestag unterstreicht die Bedeutung der am 27. Mai 1997 unterzeichneten Grundakte NATO-Rußland im Zusammenhang mit der Erweiterung des Bündnisses um neue Mitglieder. Es ist zu begrüßen, daß sich im Rahmen des Ständigen Gemeinsamen NATO-Rußland-Rates eine vertiefte Kooperation zwischen den NATO-Staaten und der Russischen Föderation entwickelt hat und damit ein wichtiger Schritt zu der in der Grundakte vereinbarten Partnerschaft mit Rußland vollzogen wird. Die gleiche positive Bedeutung kommt der zwischen der NATO und der Ukraine vereinbarten Charta zu. Das Verhältnis NATO-Rußland wird sich um so besser entwickeln, je stärker die mittel- und osteuropäischen Staaten von Anfang an darin einbezogen werden.

3. Der Deutsche Bundestag drückt seine Erwartung aus, daß die ebenfalls vereinbarte Stärkung der Rolle der OSZE auf die Tagesordnung gesetzt wird und daß die Bundesregierung innerhalb des Bündnisses Initiativen ergreift, um auch diesen Teil der Grundakte wirksam werden zu lassen.

4. Der Deutsche Bundestag drückt seine Erwartung aus, daß bei den Verhandlungen über die Fortführung des KSE-Prozesses und über die notwendige Anpassung der konventionellen Abrüstungsvereinbarungen an veränderte Bedingungen Lösungen gefunden werden, die der neuen sicherheitspolitischen Lage entsprechen. Der Deutsche Bundestag appelliert an alle Verhandlungspartner, insbesondere bei den Fragen der Flexibilitä-

ten bis spätestens zum Frühjahr 1999 ein Verhandlungsergebnis zu erreichen, das einen Zugewinn an konventioneller Stabilität und Sicherheit in Europa ermöglicht."

Bonn, den 4. März 1998

Der Auswärtige Ausschuß

Markus Meckel	**Dr. Friedbert Pflüger**	**Karsten D. Voigt (Frankfurt)**
Stellv. Vorsitzender	Berichterstatter	Berichterstatter
	Ulrich Irmer	**Gerd Poppe**
	Berichterstatter	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Friedbert Pflüger, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Ulrich Irmer und Gerd Poppe

I.

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 13/9858 – in seiner 219. Sitzung am 12. Februar 1998 an den Auswärtigen Ausschuß federführend und den Verteidigungsausschuß zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der Verteidigungsausschuß hat den Antrag der Fraktion der SPD in seiner Sitzung am 4. März 1998 beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionder SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und in Abwesenheit der Gruppe der PDS seine Annahme unter Berücksichtigung des noch vorzulegenden gemeinsamen Entschließungsantrags der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. empfohlen.

III.

Der Auswärtige Ausschuß hat den Antrag auf Drucksache 13/9858 in seiner 81. Sitzung am 4. März 1998 beraten und mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen und Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der Gruppe der PDS seine Annahme in der im Ausschuß erarbeiteten, interfraktionellen Fassung empfohlen.

Bonn, den 4. März 1998

Dr. Friedbert Pflüger	**Karsten D. Voigt (Frankfurt)**	**Ulrich Irmer**	**Gerd Poppe**
Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatter	Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333